„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
„Western Printers Association, Limited"

J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.

Geschäftsstelle in Regina, Sask.:
1835 Halifax Straße.

Geschäftsstelle in Edmonton, Alta:
9753 Jasper Avenue.

Mittwochausgabe 12—24 Seiten Stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can. All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Canadische Verbrecherstatistik und die Deutschen.

Mitunter versuchen fanatische englische Kreise, die bei jeder Mahlzeit am liebsten einen „Foreigner" mit verspeisen würden, um diese Sorte Menschen auszurotten, den Eindruck zu erwecken, als seien die Fremdgeborenen halbe oder ganze Verbrecher, als müßten sie erst durch die canadische Zivilisation aus ihrem halbwilden Zustand erlöst und zur Würde des Menschentums emporgeführt werden. Mit Vorliebe werden dabei die Deutschen mit allen möglichen Nationalitäten in einen Topf zusammengeworfen, weil viele Canadier nicht zu unterscheiden vermögen. Die einen bemitleiden uns und glauben ein Werk christlicher Nächstenliebe zu vollbringen, wenn sie uns wie unmündige Kinder zu betreuen suchen, während andere es auch nicht an gehässigen Ausfällen oder spöttischen Bemerkungen fehlen lassen und mit den Fremdgeborenen wenigstens geistigerweise stets auf dem Kriegsfuß stehen. Daher ist es zur Ernüchterung der Leute, die „Eine Sprache, eine Flagge und eine Schule!" als den Gipfelpunkt canadischer Zivilisation betrachten, wohl angebracht, ihnen gelegentlich eine Statistik mit sprechenden Zahlen vor Augen zu führen.

Eine solche Statistik brachte die Post dem „Courier" kürzlich von W. S. Hughes, dem Superintendenten der canadischen Zuchthäuser, in denen die eigentlichen Schwerverbrecher, die Mörder, die großen Gauner usw. Freiquartier erhalten. Der erst heuer im Druck erschienene Jahresbericht des genannten Superintendenten bezieht sich auf das canadische Fiskaljahr vom 1. April 1930 bis 31. März 1931 und trägt zugleich die amtliche Bestätigung des canadischen Justizministers H. Guthrie. Wären die Fremdgeborenen wirklich so grundschlechte Menschen, als welche sie gewöhnlich hingestellt werden, so müßten sie auch in der Zuchthausbevölkerung außergewöhnlich stark vertreten sein. Doch lassen wir die Zahlen sprechen:

Von den Zuchthausgefangenen stammten aus

britischen Ländern:	
Canada	2441
England und Wales	292
Schottland	118
Irland	42
anderen britischen Ländern	30
Summe:	2923
Ausländisch:	
Vereinigten Staaten	271
Rußland	95
Oesterreich-Ungarn	92
China	75
Italien	64
Rumänien	21
anderen fremden Ländern	170
Summe:	791

Es verdient beachtet zu werden, daß die Deutschen in der Statistik überhaupt nicht besonders aufgeführt werden. Es mögen wohl Deutschstämmige unter den Zuchthäuslern aus Rußland, Oesterreich-Ungarn und „anderen fremden Ländern" zu finden sein, doch dürfen wir getrost annehmen, daß selbst in diesen Fällen der Prozentsatz ein beträchtlich geringer ist. In den Rubriken „Rußland" und „Oesterreich-Ungarn" sind wohl meist Nichtdeutsche eingetragen und zwar solche, die slawischer Abstammung sind. Die Ziffer für Rußland ist ungewöhnlich groß. Vermutlich haben sich verschiedene Sträflinge, die ukrainischer Herkunft sind oder deren Geburtsorte heute zu Polen, Rumänien, den baltischen Randstaaten usw. gehören, unter Rußland eingetragen. Auch die Verwendung der Bezeichnung „Oesterreich-Ungarn", das heute nicht mehr besteht, ist ein Beweis dafür, daß man dem eigentlichen nationalen Ursprung, nämlich nach der Volks- und Stammeszugehörigkeit, nicht genau nachgegangen ist. In der verhältnismäßig großen Ziffer der Vereinigten Staaten ist gewiß auch viel britisches Blut vertreten.

Soviel ist über allen Zweifel erhaben, daß die Deutschen bei der canadischen Zuchthaus-Statistik recht gut abschneiden. Es soll unser eifrigstes Bestreben sein, dafür zu sorgen, daß das Verhältnis zu unseren Gunsten so bleibe. Jeder Deutsche, der mit dem canadischen Gesetz in Konflikt kommt und eines Vergehens oder Verbrechens überführt wird, trägt zur Schwärzung unseres guten Namens bei. Daher sollten wir alle ohne Ausnahme unseren Stolz darein setzen, Gesetzesübertretungen sorgfältigst zu vermeiden und so unser Ansehen vor der breitesten Oeffentlichkeit rein zu erhalten.

— R. B. Bennett, unser canadischer Premierminister, hat nahezu alles verzollt, was sich verzollen läßt. Doch die Gedanken sind vorläufig noch zollfrei, bis vielleicht auch sie eines Tages mit einem Hochschutzzoll belegt werden, damit die „canadische Zivilisation" nicht in Gefahr gerät.

Lindberghs bitterste Enttäuschung.

Der Schwedisch-Amerikaner Charles Lindbergh, der von den sensationslüsternen Amerikanern mehr verhimmelt und vergöttert worden ist, als ihm eigentlich zukam, hat nunmehr die bitterste Enttäuschung seines jungen Lebens erlitten. Jeder, der noch einen Funken menschlichen Empfindens in seiner Brust trägt, wird dem schwergeprüften Elternpaar, dessen einziges Kind in geradezu bestialischer Weise ermordet worden ist, das innigste Mitgefühl entgegenbringen. Doch wird es auch eine Lehre für Lindbergh und seine Frau sein? Werden sie aus der Affäre der Kindsentführung, den erpresserischen Machinationen und dem jetzt enthüllten niederträchtigen Verbrechen die einzig richtige Nutanwendung ziehen? Diese kann unseres Erachtens nur darin bestehen, den Vereinigten Staaten, auf deren Boden ein solches Verbrechertum gedeiht, kurz entschlossen und auf immer den Rücken zu kehren. Lindbergh und Frau wären wohl besser aufgehoben in Canada oder in einem europäischen Land, vielleicht sogar in der Sowjetunion.

Es wäre gewiß verkehrt, dem großen Nachbarland im Süden als staatlicher Gemeinschaft die volle Verantwortung aufbürden zu wollen. Doch ist durch die Entführungs- und Mordaffäre in den Augen der ganzen zivilisierten Welt ein so düsterer Schatten auf die Vereinigten Staaten gefallen, daß das amerikanische Volk seine gesamten moralischen Kräfte aufbieten muß, um sein altes Ansehen zurückzugewinnen. Der erste Schritt dazu wäre die rücksichtsloseste Bekämpfung und die energischste Ausrottung alles dessen, was die Kriminalität begünstigt und gedeihen läßt. Daran trägt jene amerikanische Presse, die durch Breittreten aller Mord-, Raub- und Skandalaffären an die niedrigsten Instinkte appelliert, eine mindestens ebenso große Schuld wie etwa die Prohibition oder die Korruption.

Weltumschau

Die Finanzlage des Reiches. Nach zehnwöchiger Pause ist der Reichstag wieder zusammengetreten und hat in einer außergewöhnlich ruhig verlaufenen Sitzung den Vortrag des Budgets angehört, das mit Einnahmen von 8,300,000,000 Mark ausgeglichen ist.

In der Aufführung der Ausgaben für das kommende Jahr erwähnte der Reichsfinanzminister 700,000,000 Marrk für Zinsen- und Tilgungsdienst auf fundierte und schwebende Schuld und Reparationsanleihen. Dieses bedeutet, daß Zinsen auf die Dawes- und Youngplananleihen, aber keine weiteren Reparationszahlungen vorgesehen sind.

Reichsfinanzminister Hermann Dietrich berichtet, daß die schwebende Schuld des Reiches in den letzten zwei Jahren um 347,000,000 Mark reduziert und die fundierten Schulden in der gleichen Zeit um 300,000,000 Mark verringert worden seien. Nach seinem Bericht beträgt die fundierte Schuld des Reiches gegenwärtig insgesamt 10,268,000,000 Reichsmark.

„Nur anderthalb Milliarden davon sind auf Sonderausgaben zurückzuführen", sagte der Finanzminister. „Der ganze Rest stammt aus Reparationen und Zahlung von Forderungen aus dem Kriege."

In Erläuterung seines Budgets führte Dietrich die folgenden Ausgaben an: Erwerbslosen-Unterstützung 1,000,000,000 Mark; Kriegsveteranen-Pensionen 1,200,000,000 Mark; Sozialversicherung 477,000,0000 Mark; Schuldenzahlungen 420,000,000 Mark; Zinsen- und Tilgungsdienst auf schwebende, fundierte Schuld und Reparationsanleihen 700,000,000 Mark; Verwaltungskosten 2,200,000,000 Mark; Ueberweisungen an Länder und Kommunen unter dem Finanzausgleich 2,300,000,000 Mark.

Der Sozialdemokrat Rudolf Breitscheid lobte den Haushaltsplan des Ministers und wies darauf hin, daß am Schlußtage des Budgetjahres 1931 ein Defizit von 750,000,000 Mark übrig blieb und die Steuereinnahmen 1931 um 385,000,000 Mark hinter den Voranschlägen zurückblieben. Die Ueberwindung der Wirtschaftsdepression und der Arbeitslosigkeit sei der erste Schritt auf dem Wege zur politischen Stabilisierung, sagte Breitscheid.

Regierungswechsel in Oesterreich. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung ist der österreichische Bundeskanzler Karl Buresch samt allen Mitgliedern des österreichischen Kabinetts zurückgetreten. Der Bundespräsident Wilhelm Miklas hat die Entlassungsgesuche der Minister unter der Bedingung angenommen, daß sie im Amte bleiben, bis ein neues Ministerium gebildet sein wird.

Man prophezeit allgemein eine Rechtskoalition und den Eintritt von Mitgliedern des Heimatblocks, des nationalsozialistischen Flügels der Heimwehrbewegung, in das neue Ministerium. Ob Buresch im Posten des Bundeskanzlers, an der Spitze des Ministeriums, verbleiben oder ob, wovon ebenfalls vielfach die Rede ist, der Landeshauptmann der Steiermark, Professor Dr. A. Rintelen, ein vormaliger Minister, an seine Stelle treten wird, darüber sind die Meinungen in Wien vorläufig noch geteilt.

Veranlaßt wurde der Umschwung durch das Geschrei nach Neuwahlen für den österreichischen Reichsrat, das von den Nationalsozialisten erhoben worden ist, seitdem sie bei den Provinzlandtags- und Gemeindewahlen am 24. April eine so überraschende Stärke offenbart haben.

Präsident Miklas hat sich sofort mit den Parteiführern behufs Bildung eines neuen Kabinetts in Verbindung gesetzt, aber es stellte sich alsbald heraus, daß die Situation noch verworren ist und die Kabinettsbildung auf Schwierigkeiten stoßen wird.

Oesterreichs Finanzproblem. Der Finanzsachverständige des Völkerbundes für Oesterreich, R. von Tonningen, erklärte, daß „eine allgemeine Deflationspolitik mit Reduzierung von Preisen und Löhnen notwendig sei, wenn Oesterreich den Goldstandard seiner Währung aufrecht erhalten wolle."

Die Erklärung wurde in einem Bericht von 47 Seiten abgegeben, der sich mit Oesterreichs Finanzlage im ersten Vierteljahr von 1932 befaßt. Der Bericht sagt weiter, daß der Völkerbundrat in seiner Mai-Session über eine kurzfristige Anleihe von 100,000,000 Schilling für Oesterreich beraten werde, die von dem Finanzkomitee empfohlen worden ist.

Oesterreichs Anstrengungen, ohne ausländische Hilfe seine Finanzen zu konsolidieren, werden in dem Bericht anerkannt, doch wird gleichzeitig festgestellt, daß Probleme von solcher Reichweite nur durch internationales Zusammenwirken gelöst werden können.

Jahresbericht der Welthank. Trotz der Finanzschwierigkeiten können die Aktionäre der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel (Schweiz) auf ein gewinnreiches Geschäftsjahr zurückblicken. In dem von der Generalversammlung genehmigten Jahresbericht wird andererseits die Ueberzeugung ausgesprochen, daß keine einzelne Nation hoffen kann, unabhängig von dem Rest der Welt wieder gute Zeiten zu erreichen.

Gates W. McGarrah, der amerikanische Präsident der Bank, erklärte der Generalversammlung, das internationale Geldsystem könne nicht richtig funktionieren, solange internationale Salden und Zahlungen immer wieder durch Aenderungen der Zolltarife aus dem Gleichgewicht gebracht würden.

Finanzführer der ganzen Welt, darunter die Leiter von 20 Nationalbanken, und die Vertreter von drei mächtigen amerikanischen Bankgruppen waren auf der Aktionärversammlung vertreten. Der von ihnen gebilligte Jahresbericht betonte die Einheit der internationalen Finanz und die Abhängigkeit, in der die nationalen Wirtschaftssysteme voneinander stehen.

Die Versammlung stimmte darin überein, daß nur gemeinsame Bemühungen die Regierung und Völker aus der gegenwärtigen Krise herausbringen können. Sie empfahl deshalb eine solche Zusammenarbeit als einziges Mittel zur Wiederherstellung gesunder Wirtschaftsverhältnisse.

Die Finanziers sprachen mit besonderer Autorität, weil die Bank für internationalen Zahlungsausgleich, die als Mittel zu internationalem Zusammenwirken im großen Stil gedacht ist, ein erfolgreiches Fiskaljahr vollendet hat und einen Gewinn zeigt, der um 36 Prozent größer ist als der des Vorjahres.

Der Reingewinn der BZZ beträgt 15,000,000 Schweizerfranken (rund $2,895,000) oder $772,000 mehr als im ersten Geschäftsjahr der Bank.

Der englisch-irische Konflikt. Die Hoffnungen auf freundliche Beilegung der englisch-irischen Schwierigkeiten scheinen wieder einen Rückschlag erlitten zu haben. Augenblicklich macht sich ein neuer Konflikt über das Zollproblem bemerkbar. Die neue irische Zollvorlage ist dafür verantwortlich. Der britische Kolonialsekretär J. H. Thomas erklärt, daß Irland zum Ausland werde, soweit britische Zölle inbetracht kommen, falls die neue Einfuhrvorlage angenommen wird. Er behauptet, daß die Vorlage in direktem Gegensatz zu den Verpflichtungen stehe, die von der Regierung des Freistaates aufgrund des Vertrages des Jahres 1921 übernommen wurden.

Präsident Eamon de Valera, der Präsident des irischen Freistaates, weigerte sich in Dublin, sich über die Frage auszulassen. Parlamentsvertreter sagten jedoch, daß die Republikaner auch weiterhin versuchen werden, die Abschaffung des Treueids gegenüber dem englischen König durchzuführen. „Es sieht so aus, als ob die ganze Angelegenheit zugleich das Ende der Reichskonferenz in Ottawa bedeutet," erklärte einer der Abgeordneten.

Lebrun kommt, Tardieu geht. Frankreich bekam einen neuen Präsidenten und verlor seinen bisherigen Premierminister. Im Spiegelsaale des Versailler Schlosses wurde von der Nationalversammlung, d. h. vom Senat und von der Kammer in gemeinsamer Sitzung, Albert François Lebrun, der 60 Jahre alte Senatspräsident, welcher in seinen jungen Jahren Ingenieur war, zum Präsidenten der Republik erwählt, und vor seiner Rückkehr nach Paris empfing er bereits das offizielle Rücktrittsgesuch des Ministeriums Tardieu.

Lebrun, der ein Bauernsohn ist, hatte bei dem Wahlakt in Versailles keinen ernst zu nehmenden Gegenkandidaten, da Painleve von seiner Kandidatur zurückgetreten war. Lebrun erhielt daher 633 von den 767 abgegebenen Stimmen, 144 Stimmen erhielt der Sozialist Paul Faure, 12 Stimmen wurden für Painleve abgegeben, 8 für den Kommunisten Cachin, und 59 Wahlzettel waren unbeschrieben.

Die Ankündigung des Wahlergebnisses wurde mit lärmendem Beifall aufgenommen. Nur der kommunistische Abgeordnete Doriot schrie: „Nieder mit dem Krieg!"

Die französischen Parlamentarier, welche den Wahlakt vornahmen, waren so nervös, daß eine Zeitlang wilde Gerüchte im Saale herumschwirrten. Es hieß, der Senator Joseph Paul-Boncour, welcher Frankreich in Genf vertritt, sei ermordet und der Pariser Polizeipräfekt Jean Chiappe hätte sich umgebracht. Eine Anfrage bei der Polizei ergab die Haltlosigkeit dieser Gerüchte. Ueberdies zeigte sich Paul-Boncour auf der Rednertribüne, damit die Anwesenden sich durch den Augenschein davon zu überzeugen vermochten, daß er lebe und völlig wohlauf sei.

Beisetzung des ermordeten Doumer. Unter regengrauem Himmel wurde am 12. Mai Paul Doumer, der ermordete Präsident Frankreichs, zur letzten Ruhe geleitet. Ihm wurden alle bürgerlichen und militärischen Ehrungen zuteil, die Frankreich seinen toten Söhnen gewähren kann. Das Ausland hatte seine bedeutendsten Vertreter entsandt. Der Prinz von Wales, der König von Belgien, der Herzog von Aosta, Prinz Paul von Serbien und die Vertreter von 50 Nationen befanden sich im Trauergefolge hinter dem Sarge. Botschafter Edge vertrat Präsident Hoover. Die ganze französische Regierung, an der Spitze der neue Präsident Albert Lebrun und Ministerpräsident Tardieu, nahm an der Beisetzung teil. Schulen und Geschäfte waren geschlossen. Die Leiche wurde vorläufig im Pantheon, der französischen Ehrenhalle, beigesetzt. Später soll dann die endgültige Beisetzung auf dem Familienfriedhof inmitten seiner vier gefallenen Söhne erfolgen.

Schrecklicher Orkan in Annam. Ein schrecklicher Orkan, der von der chinesischen See über die Südspitze des Staates Annam hinwegfegte, hat 500 Menschenleben vernichtet. Unter den Getöteten befinden sich mehrere Europäer. Der Küstenort Phanthiet, 75 Meilen östlich von Saigon, Hauptstadt von Französisch-Cochinchina, und die Ortschaft Bangon, 25 Meilen weiter entfernt an der Küsten-Eisenbahnlinie, sind von dem Unwetter am schlimmsten heimgesucht worden.

In dem Küstenraum von mehr als 30 Meilen Länge sind Eisenbahnen, Brücken, Landstraßen und Farmgehöfte verwüstet worden. Die Orte Cang und Dran wurden durch den Orkan völlig niedergelegt, und die europäische Bevölkerung von Cang ist obdachlos. Mehrere hundert Eingeborene fanden in dem Unwetter oder durch Ertrinken den Tod. Ueberschwemmungen werden im Gefolge des Orkans gemeldet. Die Regierung hat Militär aufgeboten, um die Küstenbahnlinie und andere Verkehrswege wieder herzurichten.

Die Arbeitslosigkeit in England.

Der vom britischen Arbeitsministerium herausgegebene Jahresbericht für 1931 zieht auf breiter Basis eine Bilanz der Sozialpolitik im stürmischen Krisenjahr. In drei großen Abschnitten werden die Arbeitslosigkeit, die Entwicklung der Löhne und die Arbeitskämpfe behandelt. Das Kapitel über die Arbeitslosigkeit ist besonders aufschlußreich.

Der Bericht begnügt sich nicht damit, den Verlauf der Arbeitslosigkeit zu registrieren; er stellt auch eine sorgfältige Untersuchung über die Zahl der versicherten Arbeitnehmer an. Auf Grund dieser Untersuchung ergibt sich ein lehrreicher Ueberblick über die Höhe der Gesamtbeschäftigung innerhalb der englischen Wirtschaft. Für das vergangene Jahr wird die Zahl sämtlicher versicherten Arbeitnehmer mit 9.40 Millionen angegeben, während im März 1927 die Zahl der Versicherten mit 9.51 Millionen Personen trotz der damals herrschenden Depression in England noch um annähernd 110,000 Personen höher war. Dieser Vergleich zeigt, daß der gesamte Beschäftigungsgrad in der englischen Wirtschaft im vergangenen Jahr noch tiefer war als 1927, so daß die Entwicklung in England zientlich parallel ging mit den krisenmäßigen Schrumpfungserscheinungen in Deutschland.

Der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit unter den Versicherten ist in Großbritannien sogar noch erheblich größer als in Deutschland. Gegenüber dem guten Konjunkturjahr 1927, das in England nach dem sieben Monate dauernden Bergarbeiterstreik besondere Auftriebsmomente mit sich brachte, ist der Prozentsatz der erwerbslosen versicherten Arbeitnehmer im letzten Jahr von 9.7 auf 21.3 Prozent gestiegen.

Deutscher Reichstag plötzlich heimgeschickt

Mißtrauensvotum gegen Brüning abgelehnt. — Gröner als Reichswehrminister zurückgetreten.

Berlin. — Nach einer äußerst stürmisch verlaufenen Sitzung des Reichstags vertagte Präsident Löbe unerwartet das Parlament auf unbestimmte Zeit. Es steht kaum zu erwarten, daß der Reichstag vor dem 6. Juni wieder zusammentreten wird. Inzwischen wird auch der preußische Landtag in Sitzung und damit die Entscheidung über die innenpolitische Zukunft nicht nur in Preußen, sondern im ganzen Reich herangerückt sein.

Präsident Löbe ließ die plötzliche Vertagung des Reichstags eintreten, nachdem eine in aller Eile anberaumte Untersuchung ergeben hatte, daß in den Wandelgängen des Gebäudes ein sozialistisch eingestellter Journalist von vier nationalsozialistischen Abgeordneten tätlich angegriffen und mißhandelt worden war. Kurz zuvor war ein von den Nationalsozialisten mit der Unterstützung der Deutschnationalen und der Kommunisten eingebrachter

Mißtrauensantrag gegen Kanzler Brüning und sein Kabinett

mit 287 gegen 257 Stimmen verworfen worden.

Im Laufe der Sitzung autorisierte der Reichstag eine Arbeitsbeschaffungs-Anleihe, ohne die Höhe derselben anzusetzen.

Unterlagen die Nationalsozialisten auch bei der Abstimmung über den eingebrachten Mißtrauensantrag gegen Kanzler Brüning, so sahen sie doch im Laufe des Tages einen ihrer sehnlichsten Wünsche erfüllt: General Wilhelm Groener sandte Reichspräsident von Hindenburg sein Rücktrittsgesuch als Wehrminister zu, gab aber zugleich zu verstehen, daß er gewillt sei, das Amt des Reichsinnenministers, dem bekanntlich die Polizei untersteht, beizubehalten.

Politische Beobachter sind der Ansicht, daß Groeners Rücktritt, der übrigens bereits seit Wochen erwartet wurde wie ja auch damit gerechnet wird, daß Kanzler Brüning die Leitung des Auswärtigen Amtes niederlegen wird, ein weiterer Schritt zu einer vollständigen Umbildung des derzeitigen Reichskabinetts ist.

Um übrigens jeden weiteren politischen Einflüssen, soweit die Mehrheit des Reichs in Betracht kommt, vorzubeugen, wird damit gerechnet, daß Kanzler Brüning dem Reichspräsidenten empfehlen wird, einen hohen aktiven Offizier, wie etwa Admiral Erich Raeder, den derzeitigen Leiter der Marine-Abteilung, an die Spitze des Reichswehrministeriums zu stellen.

Auch Island will Prohibition abschaffen.

Reykawik, Island. — Island, neben den Vereinigten Staaten das einzige Prohibitionsland der Welt, hat Schritte für die Wiedereinführung des Getränkehandels eingeleitet. Eine Kommission des Parlaments unterbreitete eine Vorlage, die den Verkauf starker Getränke gesetzlich erlaubt, und zwar zu Tagesstunden, welche von den örtlichen Verwaltungen zu bestimmen sind.

Eine kürzlich veröffentlichte amtliche Statistik zeigt, daß geheimer Schnapsverkauf und Heimbräu-Herstellung im Zunehmen sind. Gegner der Prohibition befürworteten ein Getränke-Monopol unter Verwaltung der Regierung.

Deutsche Reiter siegen in Rom.

Rom. — Eine Gruppe deutscher Reichswehr-Offiziere, die sich an den internationalen Pferdedressur-Wettbewerben beteiligte, gewann die Spring-Konkurrenz und den zweiten unbestrittenen Sieg für den durch drei Siege zu gewinnenden Mussolini Pokal. Die französische Gruppe errang den zweiten Platz und die italienische den dritten Platz.

Kleine Entente besteht noch.

Wien. — Kurze Zeitungsdepeschen von Bukarest besagten, daß zwischen Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Rumänien ein neuer Militärvertrag zu Stande gekommen sei.

Die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien sind lange unter dem Namen „Kleine Entente" bekannt gewesen und haben in der Vergangenheit verschiedene Verträge, sowohl militärischer, wie politischer Art, meist aus „Sicherheitsgründen" geschlossen.

In 78 Stunden von Brasilien nach Deutschland.

Friedrichshafen am Bodensee. — Das deutsche Luftschiff „Graf Zeppelin" ist hier am 10. Mai 8 Uhr 27 Minuten morgens von seinem vierten Rundflug von Pernambuco, Brasilien, heimgekehrt.

Nach der Landung stiegen 13 Passagiere aus, die das Luftschiff mitgebracht hatte. Zwei von ihnen flogen sofort auf einem Verkehrsflugzeug nach London weiter.

Die Heimfahrt hatte der „Graf Zeppelin" in 78 Stunden zurückgelegt, da er von einem Winde Vorteil ziehen konnte, der hinter ihm herblies.

Die Liebe hat eine göttliche Kraft, wenn sie wahrhaft ist und das Kreuz nicht scheut.

Meuterei in der jugoslawischen Armee

16 Offiziere wegen angeblicher Revolte gegen das monarchische System verhaftet.

Wien. — Die sensationellen Berichte, die in Wien umliefen, nach denen König Alexander von Südslawien mitten in einer Militärrevolte aus dem Lande geflohen sei, sind wahrscheinlich durch die Tatsache entstanden, daß 16 Offiziere der Armee wegen Insubordination verhaftet wurden.

Die Angelegenheit war jedoch ernst genug, um den Kriegsminister zu veranlassen, schleunigst nach Marburg zu fahren, wo die Offiziersrevolte stattfand. Die Offiziere, darunter ein Oberst, wurden nach Belgrad gebracht, um vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden.

In Spezialdepeschen an Wiener Zeitungen werden diese Einzelheiten groß aufgebauscht. Der Korrespondent der „Reichspost" berichtet, daß noch in mehreren anderen Garnisonen Offiziere verhaftet wurden, und daß einer der Offiziere von Marburg Selbstmord beging, während ein anderer einen vergeblichen Versuch machte, sich das Leben zu nehmen.

Diese Depesche sagt weiter, strengste Zensur halte die Nachrichten von Belgrad fern, daß die Revolte jedoch das Ziel hatte, die Monarchie zu stürzen, eine Republik zu errichten und sie in Form eines Staatenbundes zu organisieren.

Die Behörden in Belgrad bleiben jedoch dabei, daß die ganze Angelegenheit nur aus „persönlichen" Differenzen zwischen beteiligten Offizieren und einem Vorgesetzten entstand. Die amtliche Nachrichtenagentur gab die folgende Erklärung aus:

„Die Berichte über angebliche Unruhen in Südslawien, die im Auslande verbreitet wurden, entbehren jeder Grundlage und sind ganz willkürlich gefärbt worden."

Keinerlei Reparationszahlungen mehr!

Berlin. — Bernhard Grund, der Präsident des deutschen Industrie- und Handelstages, erklärte bei Eröffnung des Kongresses der Organisation, daß die Erledigung des Reparationsproblems das alles überragende Problem Deutschlands ist. Deutschland könne keine Reparationen zahlen und ein Aufschub werde weder dem Reich noch seinen Gläubigern etwas nützen, sagte er und fuhr fort:

„Hinausschiebung oder selbst endgültige Begleichung durch eine Pauschalsumme ist unannehmbar, da eine Zahlung schon deshalb unmöglich ist, weil 70 Prozent des Goldes der Welt in den Händen von Frankreich und den Vereinigten Staaten ist. Die Einteilung der Welt in Gläubiger- und Schuldnernationen muß aufhören, oder es wird keine wirtschaftliche Erholung geben."

Niemand soll mehr als 12,000 Mark Einkommen haben.

Stuttgart. — Der Gemeinderat der Stadt Stuttgart ist der Ansicht, daß niemand im Reich, nicht einmal der größte Industrie-Magnat, über ein Einkommen von mehr als 12,000 Mark (etwa $3,000) im Jahr verfügen sollte.

In einer Sitzung wurde vom Gemeinderat ein Antrag angenommen, der dahin ging, den Württembergischen Landtag anzugehen, beim Reichstag vorstellig zu werden, um diesen zu bewegen, ein Gesetz anzunehmen nach welchem niemand im Reich gestattet würde, über ein Jahreseinkommen von mehr als 12,000 Mark zu verfügen.

Dieses Gesetz hätte sowohl Anwendung auf den Ertrag persönlich geleisteter Arbeit, wie auf das Einkommen aus Zinsen, Tantiemen etc. Eingebracht wurde der Antrag von den Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten.